

Thomas Großbölting  
Wiedervereinigungsgesellschaft

Schriftenreihe Band 10610

Thomas Großbölting

# Wiedervereinigungsgesellschaft

Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland  
seit 1989/90

Thomas Großbölting ist Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und Professor für Zeitgeschichte an der Universität Hamburg. Zuvor lehrte und forschte er in Berlin, Magdeburg, Toronto und Münster.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2020

© Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Projektkoordination: Lorenz Abu Ayyash, bpb

Lektorat und Redaktion: Eik Welker, Münster

Bildredaktion: Beate Weingartner, Genf

Redaktionelle Mitarbeit: Karen Klaffke, bpb

Kartografie: Manfred Müller, mr-kartographie, Gotha

Umschlaggestaltung: Werbeagentur Rechl, Kassel

Umschlagillustration: © Verena Postweiler. Ein Beitrag zum Wettbewerb der Bundesstiftung Aufarbeitung zum 15. Jahrestag der Deutschen Einheit vom 3. Oktober 1990. Siehe auch Erläuterung ab S. 455.

Satzherstellung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main

ISBN 978-3-7425-0610-8

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	9
»Zombierepublik« DDR: Ist der Osten anders?	9
BR DDR – die Wiedervereinigung als Aufbruch in die entgrenzte Gesellschaft	13
Untersuchungsgang: Was das Buch leistet – und was nicht	24
Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart	30

---

## Teil I

<b>Friedliche Revolution und Übergang in die entgrenzte Gesellschaft</b>	41
1989/90 als Startpunkt in die Phase des Übergangs, oder: Warum die friedliche Revolution und die 1990er-Jahre zusammengedacht werden müssen	43
<b>1 Das Ende der SED-Diktatur und die friedliche Revolution</b>	49
1989/90 und der Mythos vom Ende	49
Warum kam die SED-Diktatur an ihr Ende? Interpretationen in der Diskussion	56
Die Demonstrationsbewegung und das Ende der DDR	62
Deutungen von 1989/90: »verlorene«, »nachholende« Revolution oder »zynische Wende«?	94
<b>2 1990 aus der Perspektive des Ostens – Aufbruch in die entgrenzte Gesellschaft</b>	103
Keine »blühenden Landschaften«: Das ausbleibende Wirt- schaftswunder und die Entindustrialisierung des Ostens	109
Schock ohne Therapie: Wirtschaftspolitische Weichenstellungen ab 1990	115

Das Ende der Arbeitsgesellschaft im Osten und die »Wunde Arbeitslosigkeit«	134
Meins und Deins: Besitz und Eigentum im Systemclash	149
Wanderungsbewegung: Vom Osten in den Westen, vom Westen in den Osten	157
Die Geburt des »Ossis« – vom DDR-Bürger zum Ostdeutschen	172
Zwischenfazit: Die Vereinigungsgesellschaft als Entgrenzungserfahrung	194

---

## Teil II

<b>Perspektiven auf das geteilte und das wiedervereinigte Deutschland – Erfahrungsräume, Entwicklungen und Erwartungshorizonte</b>	203
Auf dem Weg in die Berliner Republik	205
<b>3 Die geteilte und die wiedervereinigte Nation vor und nach 1990</b>	215
Wer wir sind – die Wiedervereinigung als nationales Ereignis	215
Die Nation als Konstrukt und vorgestellte Gemeinschaft	220
Deutsch-deutsche Erfahrungswelten: Nationalismus	233
Renationalisierung nach 1990? Nationale Selbstbeschreibung in der Nachmoderne	264
<b>4 Politik, Partizipation und Populismus – Politische Kultur in Ost-, West- und Gesamtdeutschland</b>	273
Dispositionen der politischen Kultur: Bewegte Gesellschaften in West und Ost	279
Parteien, Wahlen und Zivilgesellschaft im geteilten Deutschland – zwei Rückblenden	280
Die Oppositionsbewegung in der DDR: Der siegreiche Untergang?	296

---

Vergessene Alternativen des letzten Jahres der DDR: Die Volkskammer, die Runden Tische und die Diskussion um eine neue Verfassung	301
Parteiendemokratie, Wahlen und Wahlverhalten im vereinigten Deutschland	316
<b>5 Das »Eigene« und die »Fremden« – Migration und Ausländerfeindlichkeit im geteilten und im wiedervereinigten Deutschland</b>	341
Ausländerfeindlichkeit und Ausländerpolitik im geteilten Deutschland	349
Nichtdeutsche im wiedervereinigten Deutschland	365
<b>6 Arbeite mit, plane mit, regiere mit – Wirtschaft und Zivilgesellschaft</b>	373
DDR-Planwirtschaft, BRD-Marktwirtschaft – und danach?	377
»Erfolgreiches Scheitern«: Die Treuhand als Arena der Umbruchs- und Übergangsgesellschaft	390
Sozialstruktur und politische Kultur: Zivilgesellschaft in Ost und West	410
<b>Beobachtungen zum Vereinigungsprozess – und was wir daraus lernen können</b>	425
1989/90 als »Wiedervereinigung« – Potenziale und Ambivalenzen des Nationalen	426
Krisennarrationen Ost und West	431
1989/90 als Aufbruch in die entgrenzte Gesellschaft: Kommunikative Verfestigungen und verfehlter Gründungsmythos	438
Wenn aus Akteuren Opfer werden: Pathologisierung und Infantilisierung	444
Ostdeutsch und deutsch: Vom Schaden und Nutzen (teil-)nationaler Identitätspolitik	448
Von Äpfeln und von Birnen – Perspektiven auf und für die deutsche Wiedervereinigung	455

Anmerkungen	460
Literaturverzeichnis	512
Bildnachweis	561
Danksagung	565



# Einleitung

## »Zombierepublik« DDR: Ist der Osten anders?

Auch im Jahr 30 nach der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland spielt die frühere Teilung des Landes in der politischen Kultur, in der kulturellen Selbstbeschreibung und in der Wahrnehmung von außen eine zentrale Rolle. Im Mittelpunkt stehen dabei die fünf neuen Länder beziehungsweise deren Geschichte als Deutsche Demokratische Republik. Sei es Politik, Wirtschaft oder Kultur – kaum ein Themenfeld wird momentan beschrieben, ohne dass die DDR und ihre Geschichte dabei zum Tragen kommen. Treffend hat die Slawistin Sylvia Sasse die DDR als »Zombierepublik« charakterisiert.<sup>1</sup> Als Untote geistert sie durch die Medien und die wissenschaftliche Öffentlichkeit. Dort führen bunte Infografiken dem Betrachter vor, wie anders der Osten sei: Die Bewohner der neuen Länder besitzen weniger legale Handfeuerwaffen, Wohnmobile und Wäschetrockner. Sie sprechen von Plaste statt von Plastik, von Klammeraffen statt von Tackern. Sie beziehen ihren Broiler vom Fleischer, während der Westler sein Hähnchen beim Metzger oder Schlachter kauft. Kinder werden früher und länger außerhalb der Familien betreut. Christliche Kirchen und andere religiöse Einrichtungen gibt es nicht nur weniger, sondern sie sind auch viel weniger gut besucht als im Rest des wiedervereinigten Deutschlands.<sup>2</sup>

Neben allen lebensweltlichen Unterschieden, die meist allenfalls anekdotisch interessant sind, lassen sich verschiedene Segmente identifizieren, in denen die DDR, ihre Geschichte und ihre Nachwirkungen nach wie vor eine große Rolle zu spielen und auch kulturell, politisch und ökonomisch eine hohe Relevanz zu besitzen scheinen:

- Deutschland ist seit 1990 wieder »deutscher« geworden. Schon allein in der Vokabel »Wiedervereinigung« ist dieser Trend zu einem neuen Nationalbewusstsein angelegt, historiografische Großdeutungen haben ihn zusätzlich befördert: Der lange Weg nach Westen, den die alte Bundesrepublik schon früher hatte antreten können, wurde nun 40 Jahre später auch für den Osten Deutschlands möglich, sodass sich Deutschland als Nation wieder selbstbewusst gerieren könne – so eine populäre

Deutung. Nationale Klänge prägen den öffentlichen Diskurs durchdringender als vor 1990. Nicht ursächlich, aber doch unmittelbar damit verbunden ist ein höheres Maß an Ausländerfeindlichkeit: Das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen im ostdeutschen Mecklenburg-Vorpommern wird meist vor Mölln oder Solingen in den westdeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen genannt, wenn die Erinnerung zurückschweift zu der Serie von Anschlägen auf die Wohnungen und das Leben von Nichtdeutschen im ersten Drittel der 1990er-Jahre. Sind die Ostdeutschen nationaler, nationalistischer und fremdenfeindlicher?

- Wenn die Wahlforschung die Ergebnisse von Urnengängen auf der Bundes- oder Landesebene verkündet, dann sind es die neuen Länder, die sich bei der Analyse der Stimmenverteilung viel tiefer AfD-blau färben als die Altbundesländer. Rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida haben im Osten mehr Zulauf als im Westen. Befeuert von einer Reihe rechter und rechtsradikaler Politikunternehmer und -hasardeure aus dem Westen haben sich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen viel stärkere Strukturen des Rechtspopulismus etabliert, als sie in der alten Bundesrepublik zu beobachten waren und sind. Diese Entwicklung fällt in den neuen Bundesländern insbesondere deshalb ins Gewicht, weil die etablierten altbundesrepublikanischen Parteien dort nie Fuß gefasst haben (wie die Grünen und die FDP), am Rande geblieben (wie die SPD) oder ihre alte Stärke mittlerweile einbüßen (wie die CDU). Allein die PDS, später Die Linke hatte es vermocht, sich als ostdeutsche Regionalpartei stärker zu profilieren – nicht ohne aber in der letzten Zeit ebenfalls gegenüber der AfD an Gewicht einzubüßen. Auch bei der großen Mehrheit der Nicht-AfD-Wähler tun sich Unterschiede zwischen Ost und West auf: Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach sehen nur 42 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie als die beste Staatsform an, im Westen sind es immerhin 77 Prozent.<sup>3</sup> Ist der Osten weniger demokratisch, weil aus seiner diktatorischen Vergangenheit heraus so stark deformiert?
- Ökonomisch sind die fünf neuen Länder immer noch und trotz milliardenschwerer Subventionen, die seit 1990 zum Aufbau und zur Stützung der Infrastruktur geflossen sind, im Rückstand. Natürlich ist im Vergleich zur DDR-Ökonomie der Lebensstandard östlich der Elbe um ein Vielfaches gestiegen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Arbeitslosigkeit auf einem niedrigen Stand, das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem hat sich seit 1991 mehr als verdoppelt. Mit Leipzig und Dresden, Jena und dem Umland von Berlin gibt es Boomregionen, die

nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sind, sondern auch der demografischen Auszehrung etwas entgegenzusetzen versprechen. Dennoch bleibt man in der Produktivität, in der Innovationskraft und im Bruttoinlandsprodukt weit hinter dem Westen zurück beziehungsweise – auch das gehört zur gesamtdeutschen Wirklichkeit – fällt noch schneller zurück, wenn die Wirtschaft in eine Rezession gerät. Das Gros der Industrieumsätze wird nach wie vor im Westen erarbeitet. Und auch wenn so mancher Großkonzern Teile seiner Standorte in den neuen Ländern platziert hat, so fehlen doch die Werkszentralen und die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Firmen, aber auch ein lebendiger Mittelstand, der vom Handwerksbetrieb bis zum hippen Start-up-Unternehmen reichen kann. Ein selbsttragender Aufschwung scheint undenkbar. Wird der Osten der deutsche Mezzogiorno, also wie der Süden Italiens eine dauerhaft abgehängte Region im vereinten Deutschland?

Viele der angeführten und durchaus erweiterbaren Argumente und Deutungen gewinnen ihre Kraft und Schärfe dadurch, dass der alte Westen als meist impliziter, gelegentlich auch ausdrücklich genannter Normalzustand im Hintergrund steht. »Innere Einheit« ist oftmals der Maßstab und der Idealzustand, der erreicht werden soll und an dem die bisherige Entwicklung gemessen wird. Diese Forderung nach Angleichung oder, schärfer formuliert, nach Nivellierung durchzieht nicht nur die offiziellen Berichte der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, sondern ist darüber hinaus auch in den Medien, in der Wissenschaft, gelegentlich sogar in der historisch-politischen Bildung verbreitet. Misst man den Erfolg der Wiedervereinigung an diesem durchaus diskussionswürdigen Anspruch, dann ist das Resultat ambivalent: Wenn auch in den Strukturen und Institutionen von Verwaltung, Bildung und Politik beide Landesteile sich annäherten, so scheint es neben den oben bereits erwähnten Unterschieden auch in der Selbst- und Fremdsicht durchaus gegenläufige Tendenzen zu geben. Demoskopien ermittelten in der Vergangenheit, aber auch aktuell zwei sich verstärkende Trends: In wechselnden Konjunkturen gaben und geben Menschen in den neuen Ländern an, sich stärker als »Ostdeutsche« zu identifizieren denn als »Deutsche«. Und nach wie vor geben Befragte zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen in Meinungsumfragen an, sich als Bürger zweiter Klasse zu sehen.<sup>4</sup>

Was bis zu dieser Stelle ein Thema der öffentlichen Diskussion, der Demoskopie, der Sozialwissenschaften und vor allem der Politik ist, wird dann zu einer auch historischen und geschichtswissenschaftlich wichtigen Frage, wenn die Vergangenheit mit hineinspielt. Und das tut sie nahezu

immer. Als Argument ist die Geschichte in solchen und vergleichbaren Diskussionen hoch prominent, wie ein besonders exaltes Beispiel zeigen mag: Die hohen Zustimmungswerte für die AfD, so schrieb ein Historiker wenige Wochen nach der Bundestagswahl 2017, seien zurückzuführen auf eine im Osten seit dem Dreißigjährigen Krieg bestehende Tradition des »Autoritätsglaubens und der Obrigkeitshörigkeit«. Die Überlebenden der Religionskriege hätten, so der Autor, »ihren potentiellen Anspruch auf politische Partizipation getauscht gegen die Stabilität einer autoritären Führung«. Diese Entwicklung habe sich dann in der deutschen Geschichte fortgesetzt und werde jetzt von der rechtspopulistischen Partei, aber auch von links in Gestalt der Partei Die Linke bedient.<sup>5</sup> Mit dem Rückgriff auf die Frühe Neuzeit ist der Auftakt dazu gemacht, eine im Osten vorherrschende »von der alten Bundesrepublik markant unterschiedene Geschichts- und Staatsauffassung« als Erklärung dafür anzubieten, dass die Wählerschaft in den neuen Ländern besonders anfällig für autoritäres und rechtsextrêmes Gedankengut sei. Letztlich mündet die Argumentation in einem oft anzutreffenden und damit allzu bekannten Gedankengang: Während man im Westen diese historische Hypothek mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus nach und nach überwunden habe, habe sich im Osten diese Haltung der »Mündigkeitsabgabe« konserviert, was dann auch die Wahlerfolge nicht nur der AfD, sondern auch der Partei Die Linke erkläre. Bei dieser – hier beispielhaft ausgeführten – Argumentation gehen die Zuordnung von Wirkungszusammenhängen und die jeweils regionalen Zuschreibungen wild durcheinander, und werfen im Detail viele Fragen auf: Setzte sich die DDR-Bevölkerung nicht auch mit und hinter der von oben oktroyierten Formel vom Antifaschismus mit der NS-Diktatur auseinander? Warum, in welchem Umfang und mit welcher Wirkung erfolgte die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den 40 Jahren der alten Bundesrepublik tatsächlich? Und, wenn wir dem Autor in seiner Idee folgen: Warum gelang es in den mittlerweile auch 30 Jahren des wiedervereinigten Deutschlands nicht, diesen für den Westen behaupteten Lernprozess auch im Osten zu wiederholen?

Viel drängender als diese Fragen im Detail ist es aber, auf eine dahinterliegende und durchaus öfter zu beobachtende Tendenz hinzuweisen: nämlich auf die damit einhergehende Pathologisierung Ostdeutschlands. Eine unterdrückte Debattenkultur, autoritäre Staatsstrukturen, eine intensive Überwachung und Repression, eine ethnisch homogene Gesellschaft, das Verhindern jeder unternehmerischen Initiative im staatssozialistischen Wirtschaftssystem, die fehlende Aufarbeitung des Nationalsozialismus und das Leugnen rechtsextrémer Tendenzen: Mittels Hinweisen auf Beschädi-

gungen und Versäumnisse, die in den Augen so manchen Kommentators wechselweise die DDR-Vergangenheit, der Umbruch oder die Transformationszeit hervorgebracht hat, werden heutige Defizite erklärt und auf den Osten festgeschrieben. Diese Argumente sind nicht per se und in Gänze falsch. Aber sie bleiben doch so einseitig und kurz gegriffen, dass sie weder als Erklärungsmoment taugen, noch zur Analyse der politischen Kultur im wiedervereinigten Deutschland beitragen. Im Gegenteil: Sie erweisen diesem Anliegen einen Bärendienst. Weder Fremdenfeindlichkeit heute noch aktuelle Parteipräferenzen können bruchlos und monokausal aus der DDR-Vergangenheit abgeleitet werden. Statt konstruktiv zur Verständigung beizutragen, reihen sich diese Versuche in die unglücklichen Tendenzen der gesamtdeutschen Aufarbeitung der SED-Diktatur ein, bei der über Jahrzehnte das Muster der bundesdeutschen NS-Bewältigung auf das Abarbeiten der zweiten Diktatur in Deutschland übertragen wurde: Demokratie sollte gelernt werden, indem die Defizite, die Schrecken und die Verbrechen herausgearbeitet wurden und die SED-Diktatur auf diese Weise grundlegend delegitimiert wurde.

Wie freihändig mit der deutsch-deutschen Geschichte umgegangen werden kann und wird, zeigen auch Vorgänge, die gewiss einer anderen politischen Ecke zuzuordnen, strukturell aber sehr ähnlich angelegt sind. Ort des Geschehens waren die Wahlkämpfe vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen Anfang September 2019. »Wir sind das Volk« – die AfD vereinnahmte nicht nur einen zentralen Slogan der friedlichen Revolution von 1989, sondern plakatierte mit den Aufschriften »Wende 2.0« oder »Hol Dir Dein Land zurück – vollende die Wende« den Anspruch, dass sich die Partei und das von ihr vertretene »Volk« erneut gegen Staatswillkür zur Wehr setze. Das ist mit guten Gründen als Geschichtsklitterung, ja sogar als Verunglimpfung derjenigen zurückgewiesen worden, die die friedliche Revolution mit bewirkt haben.<sup>6</sup> Nicht nur für Akteure der Politik und Publizistik, sondern auch für Historikerinnen und Historiker muss eine solche Situation eine besondere Herausforderung sein.

## BRDDR – die Wiedervereinigung als Aufbruch in die entgrenzte Gesellschaft

Die folgenden Überlegungen argumentieren gegen diese Gemengelage von Gegenwartsdiagnose und historischen Argumentationen. Eine produktive Zeitgeschichte muss sich an den geschilderten und noch vielfältigeren Deutungen von Gegenwart und Vergangenheit abarbeiten und ihre eigenen